

Energiewende per sofort

Drastischer Umbau Neun Fragen und Antworten zur «Energie- statt Mehrwertsteuer»-Initiative der Grünliberalen

VON LORENZ HONEGGER

1 Was verlangt die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer»?

Überspitzt formuliert: eine Energiewende per sofort. Der Verfassungsartikel schafft die heutige Mehrwertsteuer innerhalb von fünf Jahren ab und führt eine Steuer auf nicht erneuerbarer Energie ein. Darunter fallen Uran, Kohle, Erdöl und Gas. Je nach ökologischer Gesamtbilanz eines «schmutzigen» Energieträgers fällt der Steuersatz unterschiedlich hoch aus. Damit der Schweizer Wirtschaft keine Wettbewerbsnachteile entstehen, sind Ausnahmen für stromintensive Branchen und Unternehmen möglich. Auch «graue Energie» kann besteuert werden: Gemeint ist beispielsweise der Strom, der zur Erstellung eines importierten Autos oder eines Computers notwendig war. Die Schweizer Exporteure erhalten analog dazu bereits bezahlte Energiesteuern an der Grenze wieder zurück.

2 Was versprechen sich die Grünliberalen von einer Energiesteuer?

Ihre Hauptziele sind ein rascher Ausbau der erneuerbaren Energien, mehr Energieeffizienz und ein geringerer CO₂-Ausstoss. Im Idealfall kann sich die Schweiz aus ihrer Abhängigkeit von fossilen Energien und Atomkraft lösen, nebenbei Milliarden Franken sparen und neue, «gut bezahlte» Arbeitsplätze im Bereich Cleantech schaffen. Dank der Abschaffung der Mehrwertsteuer sollen gut 300 000 Unternehmen von der «lästigen Mehrwertsteuer-Bürokratie» und der «unsinnigen Besteuerung von Innovation und Wertschöpfung» befreit werden.

3 Wie entwickeln sich die Energiepreise bei einem Ja?

Nach oben. Eine Kilowattstunde Strom aus Atomkraft würde laut Schätzungen des Bundes um 33 Rappen teurer. Beim Heizöl würde der Aufschlag 3.30 Franken pro Liter und beim Benzin 3 Fran-



Wird die Initiative der Grünliberalen angenommen, wird das Benzin um drei Franken teurer.

KEYSTONE

AUFTAKT SERIE ENERGIE-STATT MWST

Bis zum Abstimmungssonntag am 8. März liefert Ihnen die «Nordwestschweiz» in einer losen Serie Recherchen und Hintergründe zur Energie- statt Mehrwertsteuer-Initiative.

ken betragen. In jedem Fall müssten die Einnahmen aus der Energiesteuer die bisherigen Einkünfte aus der Mehrwertsteuer ersetzen. Das sind derzeit rund 23 Milliarden Franken oder 35 Prozent der Bundeseinnahmen.

4 Was passiert mit den Einnahmen, wenn der Energieverbrauch sinkt?

Verbrauchen die Konsumentinnen und Konsumenten als Reaktion auf die höheren Preise - wie von den Grünliberalen beabsichtigt - deutlich weniger nicht erneuerbare Energie, gehen auch die Einnahmen aus der Energiesteuer zurück. Der Steuersatz auf Gas, Öl, Kohle und Atomstrom müsste konsequenterweise erhöht werden, damit der Bund auch in

Zukunft über ausreichend finanzielle Mittel verfügt.

5 Was sind die Folgen für die Atomkraftwerksbetreiber?

Der Bundesrat rechnet damit, dass bei einer Annahme der Initiative «alle Schweizer Kernkraftwerke umgehend stillgelegt würden»: Die Meiler wären aufgrund der hohen Energiesteuern auf nuklearem Brennstoff gegenüber anderen Energieträgern «nicht mehr konkurrenzfähig».

6 Wie werden die Erträge aus der Energiesteuer verwendet?

Maximal 13,1 Prozent würden in die Alters- und Hinterlassenenversicherung

(AHV) fließen. Weitere fünf Prozent wären für Verbilligungen der Krankenkassenprämien bei unteren Einkommenschichten reserviert. Bis zu 1,5 Prozent gingen an die Finanzierung von Eisenbahngrossprojekten.

7 Was bedeutet die Initiative für Haushalte und Unternehmen?

Privathaushalte mit einem hohen Verbrauch an Benzin oder Heizöl bekämen den Übergang von der Mehrwert- auf eine Energiesteuer am deutlichsten zu spüren. Die Geringverdiener würden prozentual stärker belastet als Wohlhabende, weil die Energiekosten einen höheren Anteil an ihren Gesamtausgaben ausmachen. Auch die Wirtschaft müsste den Gürtel enger schnallen: Obwohl die Initiative Ausnahmen und Rückerstattungsmöglichkeiten vorsieht, ist eine steuerliche Mehrbelastung für Unternehmen wahrscheinlich: Zum einen darf die Schweiz ihren Exportfirmen die Energiesteuer an der Grenze aufgrund internationaler Verträge wohl kaum zurückerstatten. Zum anderen macht eine Energiesteuer wenig Sinn, wenn massenhaft Unternehmen davon ausgenommen werden.

8 Hat die «Energie- statt Mehrwertsteuer»-Initiative eine Chance?

Kaum. Neben den Grünliberalen haben nur die Grünen die Ja-Parole ausgegeben. Im Jahr 2000 lehnte das Stimmvolk einen wesentlich moderateren Vorschlag für eine Energielenkungsabgabe mit 55,5 Prozent Nein-Stimmen ab.

9 Was tut sich neben der Initiative in Sachen Energieeffizienz?

Auch der Bundesrat will den Energieverbrauch mit Preiserhöhungen nach unten lenken. Ab 2021 ist eine Abgabe auf Brennstoffen, Strom und allenfalls Treibstoffen geplant. Diese soll schrittweise ansteigen und den Stromverbrauch pro Kopf bis 2035 um 43 Prozent reduzieren. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf schickt das Vorhaben nach der Abstimmung in die Vernehmlassung.

«Die Energiesteuer ist eine geniale, fast revolutionäre Lösung»

Grünliberalen-Nationalrat Beat Flach (AG) erklärt, warum er in der Energie- statt Mehrwertsteuer-Initiative den richtigen Weg in die Zukunft sieht

Eigentlich sind sich alle einig: Die zukünftige Energieversorgung soll nachhaltiger werden. Dies ist das Ziel der Nationen, um den Klimawandel und die Umweltzerstörung aufzuhalten. Nach dem Fukushima-Unglück und im Bewusstsein, dass die Problematik der Atommülllagerung noch Generationen beschäftigen wird, ist eine nachhaltige Energiepolitik auch eine Pflicht unserer Generation.

Dass wir heute mehr als 80 Prozent unserer Energie aus dem Ausland importieren, stellt ein wachsendes Versorgungsrisiko dar, führt wirtschaftlich zur Abhängigkeit von ausländischen Energiepreisen und lässt viel Wertschöpfung ins Ausland abfließen.

Die Energiestrategie 2050 des Bundesrates führt grundsätzlich in die richtige Richtung, aber es fehlt noch das Instrument, um aus der Energie-Subventionspolitik herauszukommen. Nachhaltiges Verhalten durch tiefe Preise zu belohnen, ist vernünftiger als ein Subventionsdschungel mit unsinnigen Mitnahmeeffekten.

Eine Steuer, die auf allen nicht erneuerbaren Energieträgern erhoben wird, und im Gegenzug die Mehrwertsteuer abzuschaffen, ist daher eine fast revolutionäre, geniale Lösung. Sie trifft nur wenige energieimportierende Unternehmen und wird alle anderen Unternehmen von der Mehrwertsteuer und der zugehörigen Bürokratie entlasten. Die Folge wäre eine Erhöhung des Preises der nicht erneuerbaren Energie und damit wirk-

same Anreize zum Energiesparen. Zum Beispiel bei neuen Investitionen wie Fahrzeugen, Liegenschaften, Maschinen und Anlagen. Auf der anderen Seite würden alle anderen Waren und Dienstleistungen günstiger werden, weil die Mehrwertsteuer abgeschafft würde. Der Staat soll durch die neue Energiesteuer ja nicht mehr Geld erhalten, sondern einfach aus einer anderen Quelle.



PRO

Beat Flach
Nationalrat (GLP/AG)

Natürlich wird das spürbar sein, das muss es auch, da eine Lenkung nur dann funktioniert. Auch wenn die Energiesteuer die Ausfälle der Mehrwertsteuer und die damit verknüpften Ausgaben bei den Sozialwerken auffangen muss, wären die preislichen Veränderungen für die privaten Haushalte zumeist ausgabenneutral, und die Volkswirtschaft könnte

profitieren, da sich der Effekt nach kurzer Zeit stabilisieren würde.

Was bliebe, wären ein höherer Benzin- und Ölpreis und echte Anreize, die Mobilität und den Gebäudepark nachhaltiger zu gestalten. Der Mehrwertsteuer bräuchte man auch keine Träne nachzuweinen. Sie ist im Grunde eine unsoziale Verbrauchssteuer, weil auch Menschen mit geringem Einkommen nicht nichts konsumieren können.

Die Initiative setzt die richtigen ökologischen und monetären Anreize und schafft langfristige Wettbewerbsvorteile für die Schweizer Wirtschaft.

«Die Energiesteuer gefährdet Arbeitsplätze»

Für SVP-Nationalrat Hans Killer (AG) führt die Initiative der Grünliberalen zu einer sozial ungerechten Insellösung mit Nachteilen für die Exportwirtschaft

Die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» will einen Wechsel im Steuersystem der Schweiz: Von der Mehrwertsteuer, welche auf praktisch allen Artikeln des täglichen Gebrauchs erhoben wird, zur Besteuerung von nicht erneuerbaren Energien. Als nicht erneuerbar gelten Erdöl, Gas, Kohle und Uran. Das Ziel der Initiative ist also ein Wechsel von einer Steuer, der wir als Konsumenten alle unterworfen sind, zu einer Steuer auf ein paar wenige Energieträger.

Der Staat braucht regelmäßige Einnahmen, um seine Aufgaben zuverlässig und planbar erfüllen zu können. Die Mehrwertsteuer trägt zu diesen Erträgen aktuell über 35 Prozent oder 23 Milliarden Franken bei. Die Kompensation dieser Ertragsausfälle durch eine Steuer auf nicht erneuerbare Energien würde in etwa bedeuten, dass pro Liter Benzin oder Diesel ein Zuschlag von mindestens drei Franken erhoben werden müsste, was zu einem Verbrauchspreis von gegen fünf Franken führen würde. Beim Strom müsste der Steuerzuschlag etwa 33 Rappen betragen, der Konsumentenpreis würde auf mehr als das Doppelte von heute steigen.

Wenn der Bund seine Einnahmen auf dem notwendigen Niveau halten will, weil er seinen Verpflichtungen nachkommen will, müssten diese neuen Steuersätze auf den Energien stetig angepasst werden. Je geringer der Verbrauch an nicht erneuerbaren Energien, desto höher je-

weils die Steuern darauf! Dieses neue System würde auch erhebliche Ungerechtigkeiten schaffen: Bewohner von Regionen, in welchen kein umfassendes ÖV-Angebot besteht, welches der Staat zur Verfügung stellt, wo die Leute also auf das Auto angewiesen sind, würden extrem zur Kasse gebeten.



KONTRA

Hans Killer
Nationalrat (SVP/AG)

Das gilt auch für die vielen Handwerksbetriebe. Die Industriebetriebe, welche heute beim Export von Waren von der Mehrwertsteuer befreit sind, wären als in der Regel grosse Energieverbraucher enormen Mehrkosten und Wettbewerbsbenachteiligungen unterworfen. Ihre Wettbewerbsfähigkeit wäre drastisch verringert, Arbeitsplätze dadurch gefährdet. Zudem wäre zweifellos mit einem enormen Treibstofftourismus zu rechnen. Benzin- oder Dieselpreise von vier bis fünf Franken pro Liter würden Tankfüllungsfahrten nicht nur aus den Grenzregionen auslösen. Dabei würde zweifellos auch noch der Einkaufstourismus für Waren beflügelt.

Bewahren wir unser Land vor einer steuerlichen Insellösung mit Nachteilen für die (Export-)Wirtschaft mit sozialen Ungerechtigkeiten für die Bevölkerung und vor einem System, bei welchem der Erfolg des Energiesparens jeweils durch Steuererhöhungen subito kompensiert würde. Lehnen wir aus den dargelegten Gründen diese Initiative klar ab, wie das auch der Bundesrat empfiehlt und wie es die beiden Räte in Bern sehr deutlich beschlossen haben.